Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten

Das vorliegende Papier richtet sich an alle Akteure, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten leisten können. Dies sind in erster Linie die Bundes- und Landespolitik, die Wirtschaftsunternehmen aber auch die Zentralstellen, Träger und Einsatzstellen. Es beschreibt sowohl konkrete Forderungen für die Zukunft als auch Maßnahmen, die bereits umgesetzt werden. Dabei richtet sich der Blick nach innen, auf die Praxis der zivilgesellschaftlichen Akteure, und nach außen auf die Politik. Gleichzeitig müssen aber auch weitere Akteure, wie z. B. Wirtschaft und Kommunen mitgedacht werden.

Stärkung der Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten

Die Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ sowie der Bundesfreiwilligendienst haben in den letzten Jahren einen deutlichen Ausbau erfahren. Inzwischen engagieren sich jedes Jahr etwa 100.000 Freiwillige für durchschnittlich 12 Monate und übernehmen damit gesellschaftliche Verantwortung. Dass dieses Engagement große Anerkennung verdient und die bestehende Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten weiter ausgebaut werden sollte – darüber besteht weitgehend Einvernehmen zwischen den beteiligten Akteuren.

Die Bundesregierung hat eine Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten als eines der Ziele für die aktuelle Legislaturperiode im Koalitionsvertrag festgehalten. Dazu soll die Einführung eines bundeseinheitlichen Freiwilligenausweises beitragen.
Die Freiwilligen selbst fordern immer wieder eine stärkere Anerkennung und Bekanntmachung ihres Engagements bzw. das Einlösen von bestehenden Versprechen, wie etwa einer Ermäßigungsberechtigung im öffentlichen Nahverkehr, die trotz der Empfehlung auf dem Freiwilligenausweis längst noch nicht überall umgesetzt wird. **Die Zentralstellen, Träger und Einsatzstellen** als direkte Ansprechpartner für die Freiwilligen leben – in unterschiedlichen Ausprägungen – bereits die Anerkennungskultur.

So sehr das Ziel von allen geteilt wird, so schwer fassbar bleibt bisweilen, was unter einer Stärkung der Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten zu verstehen ist und welche Maßnahmen erforderlich sind. Der Bundesarbeitskreis FSJ möchte mit diesem Papier aufzeigen, was konkret getan werden kann und sollte, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten

Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten – Was ist das?

Grundsätzlich meint Anerkennung öffentliche Wertschätzung und basiert auf zentralen Werten wie Respekt, Vertrauen, Aufmerksamkeit, Zugewandtheit und Interesse. Anerkennung vermittelt sich in Haltung und Kommunikationsformen, in den Rahmenbedingungen des Engagements, in Partizipationsmöglichkeiten sowie durch konkrete immaterielle oder materielle Würdigungen.
Eine umfassende Anerkennungskultur trägt zu einer nachhaltigen Wertschätzung, Ermutigung und öffentlichen Sichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements bei und ist ein zentraler Bestandteil von Engagementförderung.[1]
Die unterschiedlichen Akteure in den Freiwilligendiensten verfügen bereits über vielfältige Möglichkeiten, Anerkennung auszudrücken. Die beigefügte Übersicht vermittelt einen groben Überblick über die bereits praktizierten Maßnahmen bzw. Möglichkeiten der Anerkennungskultur von Trägern, Einsatzstellen, Zentralstellen, Bund, Ländern und Kommunen.

Verbesserung der Anerkennungskultur durch Einsatzstellen, Träger und Zentralstellen

Anerkennung ist umso ehrlicher und wirksamer, je persönlicher und individueller sie gestaltet wird. Einsatzstellen und Träger stehen in unmittelbarem Kontakt mit den Freiwilligen. Sie haben daher die besten Möglichkeiten durch alltägliche, (meist) immaterielle Maßnahmen und Haltungen den Freiwilligen eine Anerkennung zu vermitteln, die unmittelbar bei ihnen ankommt. **Einsatzstellen und Träger** sind daher gefragt, die von ihnen praktizierten Formen der Anerkennungskultur zu reflektieren, Leitlinien für die Anerkennungskultur im Organisationsleitbild zu verankern bzw. weiterzuentwickeln und ihre Bedeutung allen Akteuren ins Bewusstsein zu bringen und dort zu halten.
Dabei sind die Weiterentwicklung und der Ausbau der Partizipationskultur auf allen Ebenen wichtige Elemente. Insbesondere eine umfassende Beteiligung macht einen Freiwilligendienst als besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements erlebbar und verdeutlicht den Freiwilligen, dass ihre Ideen gefragt sind.

Als Unterstützung für Träger und Einsatzstellen plant der **Bundesarbeitskreis FSJ** ein „A bis Z der Anerkennungskultur im Freiwilligendienst“, das auch eine Sammlung konkreter Beispiele guter Praxis enthält. Das Papier soll Anregungen und Ideen zur Weiterentwicklung der Anerkennungskultur in der direkten Zusammenarbeit mit den Freiwilligen geben. Zusätzlich plant der Bundesarbeitskreis FSJ eine Übersicht, die einen Einblick in die bereits praktizierte Anerkennungskultur auf der Ebene der Länder und Kommunen gibt. Diese soll als Grundlage für den Austausch mit Ländervertreter/-innen dienen und Anregungen für neue, (länderübergreifende) Maßnahmen zur Förderung der Anerkennungskultur geben.

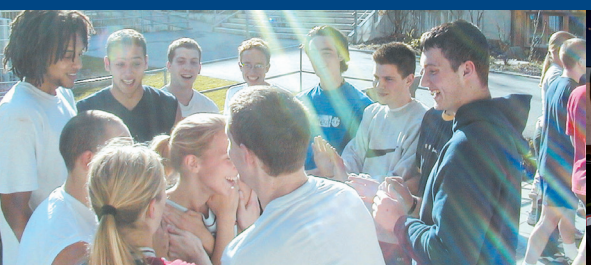
Forderungen und Vorschläge zum Ausbau der Anerkennungskultur an die Politik (Bundes- und Landespolitik)

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zu dem Ziel, gemeinsam mit Ländern, Hochschulen, Kommunen und privaten Betrieben sowie anderen Akteuren die Anerkennungskultur für Freiwillige auszubauen und die Voraussetzungen für Vergünstigungen zu verbessern.[2] Bisher sind in diese Richtung noch keine konkreten Maßnahmen ergriffen worden. Der Bundesarbeitskreis FSJ fordert daher die politischen Akteure auf, ein gutes Jahr nach der Verabschiedung des Koalitionsvertrages nun konkrete Schritte zu unternehmen.

1) Nr. 3 der Leitlinien der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, 2002.

2) Quelle: „Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2013-2017, S. 79

Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten



(Quelle: BMFSFJ/Auerbach)

Öffentliche Wertschätzung

Obwohl mittlerweile eine große Zahl junger Menschen ein FSJ, FÖJ oder einen BFD absolviert, ist die Bekanntheit der Freiwilligendienste in der allgemeinen Bevölkerung immer noch ausbaufähig. Nicht selten berichten Freiwillige, dass sie sich gegenüber Familie oder Freunden in einer Erklärungs- und Rechtfertigungsposition befinden, weshalb sie „für wenig Geld“ ein Jahr „arbeiten gehen“ würden. Ziel sollte es sein, dass die Teilnahme an einem Freiwilligendienst als selbstverständlich angesehen und als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft geschätzt wird. Empfänge und Ehrungen der Freiwilligen in Landesministerien, aber auch offizielle Zertifikatsübergaben oder Treffen mit Abgeordneten sind geeignete Formate, diese öffentliche Wertschätzung zu befördern.

Anerkennung in der Ausbildung

Ein geleisteter Freiwilligendienst sollte einen Bonus beim Zugang zu Ausbildung und Studium bringen. Um dies zu erreichen, sollte der Bund mit den verschiedenen Akteuren ins Gespräch kommen. Adressaten wären z. B. Arbeitgeberverbände, Länder, Wirtschafts- und Hochschulvertreter/-innen. Neben dem besseren Zugang zu Bildungseinrichtungen ist auch die Würdigung eines Freiwilligendienstes bei der Personalauswahl notwendig.
Eine einheitliche Anerkennung von Freiwilligendiensten an den Hochschulen ist anzustreben, z. B. durch eine generelle Verbesserung der Abschlussnote um beispielsweise 0,2 Punkte. Dies gilt auch für den Zugang zu Ausbildungsplätzen. Zusätzlich sind Freiwillige, auch bei besonderen Kontingenten, die von Hochschulen für Studienplätze offen gehalten werden, bei persönlicher Eignung besonders zu berücksichtigen.

Vergünstigungen als Anerkennungsinstrumente

Neben den Bestrebungen, den Bekanntheitsgrad in der Gesellschaft, dem Bildungswesen und der Wirtschaft zu steigern, sollte der Bund prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, verbindliche Vergünstigungen mit dem bundesweiten Freiwilligenausweis zu erhalten. Hierzu sind Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden zielführend.
Vergleichbar mit dem Schüler/-innen- oder Studierendenstatus könnten diese von flächendeckenden Vergünstigungen im ÖPNV über Gutscheine für Mini-Taxis in ländlichen Gegenden mit strukturschwachem ÖPNV oder eine kostenfreie Bahncard 25 bis hin zur Rundfunkgebührenbefreiung reichen.

Berlin, März 2015

ARBEITSKREIS DER BUNDESZENTRALEN TRÄGERVERBÄNDE UND ZENTRALSTELLEN
FSJ BUNDESARBEITSKREIS
IB Internationaler Bund
ASB Arbeiter-Samariter-Bund
Deutsches Rotes Kreuz
bkj Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.
AWO
caritas
BDKJ Bund der Deutschen Katholischen Jugend
EVANGELISCHE FREIWILLIGENDIENSTE
DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND
dsj DEUTSCHE SPORTJUGEND im DOSB